



Dr. Georg Nüßlein
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Presseklärung

Dienstag, 10. Oktober 2017

Berlin, Landkreis (z.g.)

Nüßlein: „Bund hat seine Hausaufgaben gemacht“

Zu der ver.di-Forderung, mehr Pflegepersonal auch an der Kreisklinik Günzburg einzustellen und einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel vorzuschreiben (Günzburger Zeitung und Mittelschwäbische Nachrichten vom 10. Oktober 2017: „Warum gerade die Günzburger Klinik wieder bestreikt wird“) erklärt der hiesige CSU-Bundestagsabgeordnete und für Gesundheits- und Pflegepolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Georg Nüßlein:

„Wenn ver.di mit seinen Streikaktionen an der Günzburger Klinik und anderswo in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, die Bundespolitik sei hinsichtlich der Pflegesituation in den deutschen Krankenhäusern tatenlos geblieben, so muss ich dem klar widersprechen. CDU und CSU haben immer wieder betont, dass eine gute Patientenversorgung im Krankenhaus eine angemessene Personalausstattung voraussetzt. Um ausreichend Personal vorhalten zu können, bedarf es attraktiver



Dr. Georg Nüßlein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arbeitsbedingungen in den Kliniken und einer ordentlichen Bezahlung der Pflegerinnen und Pfleger.

Dafür haben wir auf Betreiben der Union in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Reihe von wichtigen Maßnahmen umgesetzt. Das war auch zwingend notwendig. Insbesondere haben wir - auch durch meinen persönlichen Einsatz hin - im Rahmen des sog. „Krankenhausstärkungsgesetzes“ ein Pflegestellenförderprogramm in Höhe von 660 Millionen Euro aufgelegt und einen Pflegepersonalzuschlag von jährlich 500 Millionen Euro beschlossen. Damit profitieren die Krankenhäuser in Abhängigkeit von ihrer Pflegepersonalausstattung von diesem erhöhten Zuschlag und erhalten so einen Anreiz, ausreichend Personal vorzuhalten. Das gilt auch für das Klinikum Günzburg.

Damit nicht genug: In diesem Jahr haben wir Personaluntergrenzen in pflegeintensiven Bereichen in Krankenhäusern eingeführt. Somit setzen wir Anreize für mehr Personal in Bereichen mit besonderem pflegerischen Bedarf in Krankenhäusern und eine bessere Vergütung. Außerdem haben wir beschlossen, dass wir im Bereich der stationären Pflege gegen eine Unterschreitung der vereinbarten personellen Ausstattung vorgehen werden. Eine absichtliche, personelle Unterdeckung wird nun mit Vergütungskürzungen sanktioniert. Diese Sanktionen greifen auch, wenn der Einrichtungsträger seine Beschäftigten nicht in der Höhe bezahlt, wie er es selbst in seiner Pflegesatzverhandlung angegeben hat. Neben weiteren Maßnahmen möchte ich noch die Reform der Pflegeberufsausbildung erwähnen, mit der wir den Zukunftsberuf Pflege attraktiver gestalten wollen und die künftigen Pflegefachkräfte auf die



Dr. Georg Nüßlein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

neuen Herausforderungen besser vorbereiten wollen. Bis diese Maßnahmen auch an unseren heimischen Krankenhäusern Wirkung entfalten, kann natürlich noch etwas Zeit vergehen. Das liegt nicht selten auch daran, dass sich die Selbstverwaltung nicht beherzt genug an die Umsetzung macht.

Die ver.di-Vertreter wissen um diese Vielzahl von gesetzgeberischen Maßnahmen. Weshalb das Kreisklinikum Günzburg nun bestreikt wird, erschließt sich mir nicht. Zum Wohle der Patienten sind diese Aktionen jedenfalls nicht.

Abzulehnen ist im Übrigen die von ver.di bundesweit erhobene Forderung nach zentral vorgegebenen Personalschlüsseln an deutschen Krankenhäusern. Verbindliche, bundesweit einheitliche Zahlen festzulegen, wieviele Pflegerinnen und Pfleger in welchen Stationen in einem Krankenhaus zu arbeiten haben, ist schon deshalb realitätsfremd, weil wir dieses Personal nicht haben und absehbar nicht rekrutieren können. Deshalb arbeiten wir daran, den Pflegeberuf an sich attraktiver zu machen, damit wir mehr Azubis in die Pflege bekommen. Das ist der richtige Ansatz.

Wenig seriös ist die Forderung nach einem von Berlin diktierten Personalschlüssel auch, weil jedes Krankenhaus anders strukturiert ist, unterschiedliche Patientengruppen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern und Behandlungsnotwendigkeiten und damit einen jeweils individuellen Pflegebedarf hat. Zentralistische Vorgaben gingen da völlig an der Sache



Dr. Georg Nüßlein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

vorbei - schlussendlich zum Schaden nicht nur finanzieller Art, sondern vor allem der Pflegerinnen und Pfleger, der Patientinnen und Patienten.

Weil die Unionsfraktion das weiß, hatten wir eine Expertenkommission aus Bundes- und Landespolitikern, aus Praxis, Wissenschaft und Selbstverwaltung ins Leben gerufen, die die Aufgabe hatte, die Pflegelandschaft in Deutschland genau zu analysieren und die Bedarfe - auch im Personalbereich - zu ermitteln. Diese Kommission hat mittlerweile konkrete Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Personalsituation in der Pflege vorgelegt. Der Ball liegt jetzt bei der Selbstverwaltung von Krankenhäusern und Krankenkassen, die bis zum 30. Juni 2018 eine entsprechende Vereinbarung treffen muss, damit die Maßnahmen zum 1. Januar 2019 wirksam werden können. Wenn die Selbstverwaltung bis zum 30. Juni 2018 keine entsprechende Vereinbarung zustande bekommt, muss das Bundesgesundheitsministerium bis zum 31. Dezember 2018 die ausstehenden Entscheidungen ersatzweise treffen.

Die Bundespolitik hat ihre Hausaufgaben also gemacht und die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Die Krankenhäuser, ihre Träger, aber auch die Vertreter der Kommunalpolitik - nicht nur im Landkreis Günzburg - sollten sich nicht durch ver.di-Streikaktionen verunsichern lassen, sondern nun Gestaltungswillen und Tatkraft zeigen.“

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon (030) 227 – 77026

Fax (030) 227 – 76269

E-Mail georg.nuesslein@bundestag.de